12.085 s Rüstungsprogramm 2012 – Fraktionsbericht

Die Vorlage

Mit dem Rüstungsprogramm 2012 (12.085) beantragt der Bundesrat

- a) in Form eines nicht referendumsfähigen Bundesbeschlusses die Beschaffung von 22 neuen Kampfflugzeugen des Typs Gripen E mit einem Verpflichtungskredit von 3,126 Milliarden Franken;
- b) ein referendumsfähiges Bundesgesetz zur Schaffung eines Spezialfonds zur Finanzierung der Gripen-Beschaffung (Gripen-Fondsgesetz).

Die Gripen-Beschaffung ist an den Vorbehalt geknüpft, dass das Gripen-Fondsgesetz in Kraft tritt. Wird das Gripen-Fondsgesetz in der Volksabstimmung (voraussichtlich Mai 2014) abgelehnt, so fällt auch die Gripen-Beschaffung dahin. Das Gripen-Fondsgesetz gilt bis zur Auflösung des Gripen-Fonds, längstens bis zum 31. Dezember 2024.

Der Gripen-Fonds soll überwiegend zu Lasten des Kredits für Rüstungsmaterial geäufnet werden. Der jährliche Rüstungsaufwand des Bundes betrug bisher rund 1,1 Milliarden Franken. Werden davon in Zukunft während zehn Jahren jährlich durchschnittlich 300 Millionen für den Gripen-Fonds abgezweigt, so bleibt weiterhin eine stattliche Summe für weitere Rüstungsbeschaffungen. Die Finanzplan-Zahlen des Bundesrates müssen für die Beschaffung des Gripen nicht angepasst werden. Bei der Bildung, dem Verkehr oder der Entwicklungszusammenarbeit braucht es keine Einsparungen. Die Milliarden für den Gripen verhindern aber deren Ausbau.

Die SiK-Delegation empfiehlt aus folgenden 12 Gründen nicht einzutreten

- 1. Reine Geldverschwendung: Milliarden für überflüssige neue Kampfjets sind reine Geldverschwendung. Unsere Armee schanzt sich entgegen aller Rhetorik immer grössere Finanzmittel zu, bietet aufgrund fehlender Reformbereitschaft aber immer weniger eine taugliche Antwort auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen. 2009–2011 verfügte die Armee über einen Plafond von jährlich 4,1 Milliarden, 2014–2016 sollen es 4,7 Milliarden sein. Dieser geplanten massiven Erhöhung der Militärausgaben, die auch im internationalen Vergleich völlig schief ist, muss der Riegel geschoben werden.
- 2. Wirksamer Luft-Schirm ist ohne Gripen gewährleistet: Die Schweiz verfügt auch ohne neue Kampfjets über einen wirksamen Luft-Schirm. Die 33 F/A-18 Hornet wurden mit dem Rüstungsprogramm 2008 für über 400 Millionen Franken kampfwertgesteigert und sind topmodern. Die Schweizer Luftwaffe ist im internationalen Vergleich auch nach Ausmusterung der 54 Tiger F-5 sehr gut gerüstet. Gefahr droht allenfalls von einzelnen Eindringlingen in den Luftraum, nicht aber von einem monatelangen Luftkrieg. Zur Erfüllung des Luftpolizei-Auftrags genügen die vorhandenen 33 F/A-18 längst.
- 3. Von Freunden umzingelt abwegige Lagebeurteilung: Die Luftwaffe begründet den Gripen denn auch nicht mit dem Luftpolizei-Auftrag, sondern mit der Übertragung zusätzlicher, neuer Aufgaben. In erster Linie soll der Gripen in einem grossen Krieg in Europa eine (autonome) Landesverteidigung sicherstellen. Das ist unsinnig. Ein solches Szenario ist derart unwahrscheinlich, dass es sich nicht lohnt, dafür Milliarden aufzuwenden.
- 4. Bombardierungsfähigkeit ist überflüssig: Seit der Verschrottung der Hunter-Flotte verfügt die Schweiz über keine Luft-Boden-Kampffähigkeit mehr. Acht der 22 Gripen sollen der Luftwaffe aber die Fähigkeit zu Luft-Boden-Bombardierungen zurückgeben. Das ist sicherheitspolitisch unsinnig. Wo liegen denn die Bodenziele, die der Gripen mit Flugzeugbomben bekämpfen soll? Darauf kann ohne Sicherheitseinbusse verzichtet werden.

- 5. Luftaufklärung und Frühwarnung mit andern Mitteln wirksam verbessern: Zentrales Argument der Luftwaffe für die Ergänzung der Luftwaffe mit 22 Gripen ist die Erhöhung der Durchhalte- und Reaktionsfähigkeit. Angeblich braucht die Schweiz zusätzliche Kampfflugzeuge, um die Stehzeiten dieser Höchstleistungsflugzeuge in Warteräumen in der Luft rund um die Uhr von zwei Wochen auf gut einen Monat zu erhöhen. Viel wirksamer wäre eine Stärkung der Luftaufklärungs- und Frühwarnfähigkeit, namentlich mit einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, einem erweiterten Auftrag an die europäische Flugsicherung sowie mit kostengünstigen Aufklärungsdrohnen.
- 6. Viel Lärm für nichts: Zwar lässt sich der Gripen sicherheitspolitisch nicht begründen. Dennoch macht er extrem viel Lärm. Beim Start weist der Gripen eine rund dreimal höhere Schallintensität als der Tiger F-5 auf. Das ist für die betroffenen Standorte (Meiringen, Sion, Payerne und Emmen) unerträglich. Auf dem Spiel stehen neben der Lebensqualität der Bevölkerung auch Tausende von Arbeitsplätzen im Tourismus.
- 7. **Arbeitsplatzvernichtung**: Wenn der Staat Geld ausgibt, schafft dies in jedem Fall Arbeitsplätze. Keine alternative Staatsausgabe schafft aber derart wenig Arbeitsplätze wie Geld für Höchstleistungsflugzeuge. Würden die Milliarden in Bildung und Innovation investiert, schaffte dies ein Vielfaches an Arbeitsplätzen und stärkte die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft weit nachhaltiger (als mit den paar wenigen Offset-Geschäften).
- 8. **Bürozeiten-Flugwaffe braucht nicht mehr Jets**: Die Schweizer Luftwaffe ist seit Jahren nur während den Bürozeiten zu Interventionen fähig. Laut VBS würde eine 24-Stunden-Bereitschaft jährliche Zusatzkosten von gut 15 Millionen Franken verursachen. Das VBS will das nicht, weil dafür auch der Bedarf fehlt. Es ist keine Situation bekannt, in der die Schweizer Luftwaffe ausserhalb der Bürozeiten hätte intervenieren müssen. Wenn schon, liesse sich das Problem kostengünstig mit einer vermehrten Kooperation mit den Nachbarstaaten lösen, aber nicht mit zusätzlichen Jets für die Bürozeiten-Flugwaffe.
- 9. Mit mickrigem Helikopter-Einsatz angeblich überfordert: 2009 beendete die Luftwaffe den Einsatz eines Helikopterdetachements für die EUFOR zugunsten der Mission Althea in Bosnien-Herzegowina. Die Schweizer Luftwaffe war angeblich nicht in der Lage, ausreichend Techniker zur Wartung der Helikopter zur Verfügung zu stellen. Statt Milliarden in unnütze Gripen zu investieren, würde die Luftwaffe besser einen um das Hundertfache geringeren Betrag in sicherheitspolitisch nützliche Helikopter-Techniker investieren.
- 10. Schweden ist weit weg: Das VBS verbindet mit der Gripen-Beschaffung den Einstieg in eine «langjährige militärische Zusammenarbeit» mit Schweden. Für welche Strategie und Szenarien? Darauf gibt das VBS keine Antwort. Sicherheitspolitisch viel wirksamer wäre eine vermehrte militärische Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und eine gezielte Mitwirkung in der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU.
- 11. Sicherheitspolitische Strategie statt Retro-Folklore: 15 Jahre SVP-Vorsteherschaft im VBS und eine reformfeindliche Mehrheit im Parlament machen auf Retro-Folklore, statt die Schweizer Armee endlich an die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft anzupassen. Der Gripen versperrt den Weg für eine Koalition der Vernunft, welche die sicherheitspolitischen Herausforderungen im globalisierten 21. Jahrhundert erkennt und endlich konkret angeht. Die Schweiz wendet viel zu viel für den obsolet gewordenen Landesverteidigungsauftrag der Armee und Luxus-Rüstung wie den Gripen auf und zu wenig für internationale zivile und militärische Friedens- und Sicherheitszusammenarbeit.
- 12. Transportflugzeug statt Gripen: Für die Friedensförderung, die humanitäre Hilfe und die Bekämpfung von Waldbränden besteht bei der UNO und befreundeten Staaten ein grosser Bedarf an Transportflugzeugen. Die Räte haben den Bundesrat 2008 mit der Schaffung eines Lufttransportpools für zivile und militärische Einsätze im Ausland beauftragt bisher ist nichts geschehen. Transportflugzeuge kosten zehnmal weniger als der Gripen, sind aber um ein Vielfaches nützlicher und brächten der Schweiz viel Ansehen.